

# Preussische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 23. März 1933

Nr. 18

Tag	Inhalt:	Seite
8. 3. 33.	Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen . . . . .	63
9. 3. 33.	Verordnung zur Abänderung der Verordnung zur Ausführung des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 in den dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellten Behörden und Anstalten vom 3. Juli 1925 . . . . .	63
4. 3. 33.	Verordnung zum Schutze der Felder und Gärten gegen fremde Tauben . . . . .	64
	Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw. . . . .	66

(Nr. 13850.) Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen. Vom 8. März 1933.

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 (Gesetzsamml. S. 126) in der durch die Gesetze vom 16. Dezember 1920 und 22. Mai 1923 (Gesetzsamml. 1921 S. 41; 1923 S. 267) abgeänderten Fassung wird verordnet was folgt:

## Artikel 1.

Der letzte Halbsatz des ersten Satzes des § 2 der Verordnung vom 24. August 1931 (Gesetzsamml. S. 209) erhält folgende Fassung:

daß ein Beitragsatz von 1 vom Tausend des Einheitswerts einem Beitragsatz von 5,3 vom Hundert des Grundsteuerreinertrags gleichzusetzen ist.

## Artikel 2.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1933 in Kraft. Sie hat auch für die von der Landwirtschaftskammer am 27. Januar 1933 beschlossene Umlage Geltung.

Berlin, den 8. März 1933.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

von Papen.

Fugenberg.

(Nr. 13851.) Verordnung zur Abänderung der Verordnung zur Ausführung des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 in den dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellten Behörden und Anstalten vom 3. Juli 1925 (Gesetzsamml. S. 85). Vom 9. März 1933.

Auf Grund des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 (Reichsgesetzbl. S. 147) wird nach Verhandlung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer folgendes verordnet:

## Artikel 1.

§ 2 der Verordnung zur Ausführung des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 in den dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellten Behörden und Anstalten vom 3. Juli 1925 (Gesetzsamml. S. 85) erhält folgende Fassung:

(Zwanzhnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 6. April 1933.)  
Gesetzsammlung 1933. (Nr. 13 850—13 852.)

Als Betriebe im Sinne des Betriebsrätegesetzes und dieser Verordnung gelten das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und die ihm unterstellten staatlichen Dienststellen.

## Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Veröffentlichung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 9. März 1933.

(Siegel.)

## Das Preußische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

von Papen.

Rust.

(Nr. 13852.) Verordnung zum Schutze der Felder und Gärten gegen fremde Tauben. Vom 4. März 1933.

Auf Grund des § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926 (Gesetzaml. S. 83) wird für den Umfang des Staatsgebiets folgendes angeordnet:

### § 1.

Tauben sind in der Zeit vom 1. April bis 15. Mai derart zu halten, daß sie die bestellten Felder und Gärten nicht aufsuchen können. Der Regierungspräsident kann im Falle besonderen Bedürfnisses zum Schutze der Ernte oder der Herbstbestellung noch eine weitere Sperrzeit bis zur Höchstdauer von insgesamt einem Monat anordnen.

Während der übrigen Zeit des Jahres dürfen die Tauben frei umherfliegen.

### § 2.

Tauben, die während der Sperrzeit (§ 1 Abs. 1) auf Feldern oder in Gärten angetroffen werden, darf sich der Eigentümer oder der Nutzungsberechtigte des Grundstücks sowie der dort Jagdberechtigte aneignen. Die Vorschriften des Reichsgesetzes, betr. den Schutz der Briestauben und den Briestaubenverkehr im Kriege, vom 28. Mai 1894 (Reichsgesetzbl. S. 463) bleiben unberührt.

### § 3.

Alle älteren landesrechtlichen Vorschriften, die das Halten von Tauben und den Schutz der Felder und Gärten gegen fremde Tauben betreffen, werden aufgehoben. Aufgehoben werden insbesondere, soweit sie noch gelten:

1. Magdeburger Polizeiverordnung vom 3. Januar 1688, Kap. XX § 20 und Kap. XXIX § 15;
2. Bentheimsche Landesverordnung vom 23. September 1690, Teil V Titel 20 Nr. 6;
3. Polizeiverordnung für das Herzogtum Westfalen von 1732;
4. Kurmärkisches Provinzialrecht, §§ 1—5;
5. Provinzialrecht des Markgrafentums Niederlausitz, § 7;
6. Provinzialrecht der Grafschaft Tecklenburg;
7. Provinzialrecht für das Fürstentum Minden und die Grafschaft Ravensberg, § 4;
8. die Verordnungen vom 25. August 1746, 6. Oktober 1766 und 30. Juni 1783 für das Fürstentum Eichsfeld;
9. Erneueretes Verbot der Taubenflucht gegen Unberechtigte vom 17. September 1756 (Schlüter, Provinzialrecht der Provinz Westfalen, Bd. 3 S. 176);

10. Preußische Flurordnung für das Fürstentum Halberstadt vom 27. Juli 1759, § 51 (Strombeck, Provinzialrecht des Fürstentums Halberstadt, 1. Teil Bd. 1 S. 248), aufrecht erhalten durch Reskript vom 22. Oktober 1793 über das Halten der Feldtauben (Strombeck a. a. O. S. 382);
11. Kurmainzische Verordnung vom 30. Juni 1783;
12. Nassauische Verordnung für das Fürstentum Bingen vom 13. November 1786;
13. Artikel 2 der Loi relative à la suppression du droit exclusif de la chasse, des capitaineries etc. vom 4./11. August 1789 (abgedruckt bei Dronke, Rheinisches Privatrecht, Leipzig 1901, Teil II S. 327);
14. §§ 111 bis 113 Teil I Titel 9 des allgemeinen Landrechts;
15. Bekanntmachung der Großbritannisch-Hannoverschen provisorisch bestätigten Landesdirektion für Ostfriesland vom 3. Januar 1817;
16. Bekanntmachung der Provinzialregierung zu Stade, die Beschränkung des Taubenhaltens in der Stadt und dem Amte Verden betreffend, vom 13. Februar 1818 (Hann. GS. III S. 102);
17. Bekanntmachung der Provinzialregierung Hannover wegen des Taubenhaltens im Fürstentum Hildesheim mit Einschluß der Stadt Goslar vom 27. September 1820 (Hann. GS. III S. 124);
18. Bekanntmachung der Landdrostei Hildesheim an sämtliche Obrigkeiten des Fürstentums Göttingen, das Halten der ausfliegenden Tauben und das Schießen und Fangen fremder Tauben in dem Fürstentum Göttingen betreffend, vom 20. November 1826 (Hann. GS. III S. 275);
19. Bekanntmachung der Landdrostei Hannover wegen des Taubenhaltens in dem Fürstentum Calenberg vom 25. Oktober 1827 (Hann. GS. III S. 188);
20. Bekanntmachung der Landdrostei Hannover, das Taubenhalten in den Grafschaften Hoya und Diepholz betreffend, vom 3. Mai 1830 (Hann. GS. III S. 82);
21. § 40 Abs. 2 der Feldpolizeiordnung vom 1. November 1847 (Gesetzsamml. S. 376).

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. März 1933.

Der Preußische Minister  
für Landwirtschaft, Domänen  
und Forsten.

Der Kommissar des Reichs.

Eugenberg.

Der Preußische Minister  
für Wissenschaft,  
Kunst und Volksbildung.

Der Kommissar des Reichs.

Rust.

### Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 31. Januar 1933  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Spenge für den Ausbau  
einer Verbindungsstraße zwischen der Kreisstraße Enger-Spenge und der Kreisstraße  
Bielefeld-Spenge-Hückerkreuz-Bünde  
durch das Amtsblatt der Regierung in Minden Nr. 10 S. 49, ausgegeben am 11. März 1933;
2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 6. Februar 1933  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Neufreudental für den  
Ausbau des Landwegs von Neufreudental nach Soltmähnen zur Riesstraße  
durch das Amtsblatt der Regierung in Gumbinnen Nr. 10 S. 34, ausgegeben am 11. März 1933;
3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 8. Februar 1933  
über die Genehmigung des vierten Nachtrags zur Satzung des Bremenschen ritterschaft-  
lichen Kreditvereins  
durch das Amtsblatt der Regierung in Stade Nr. 9 S. 39, ausgegeben am 4. März 1933;
4. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 14. Februar 1933  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Kiedrich für den Ausbau  
von Weinbergswegen in der Gemarkung Kiedrich  
durch das Amtsblatt der Regierung in Wiesbaden Nr. 8 S. 35, ausgegeben am 25. Februar 1933;
5. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 14. Februar 1933  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Winkel für den Ausbau  
von drei Weinbergswegen in der Feldlage „Im Hellersberg“ in der Gemarkung Winkel  
durch das Amtsblatt der Regierung in Wiesbaden Nr. 8 S. 35, ausgegeben am 25. Februar 1933.

---

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei- und  
Verlags-Altiengeellschaft Berlin,

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W. 9, Linkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RM. vierteljährlich);  
einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden.  
Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Pf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. H. Preisermäßigung.